

Bismard brachte trotzdem eine Fortsetzung ein. Sie verlangte jedoch den Ertrag des Tabakmonopols nicht sozialpolitischen Zwecken, sondern den Bundesstaaten. Die Ablösungssumme wurde mit 234 Mill. Mark festgesetzt, der Reinertrag auf 166 Mill. Mark veranschlagt. Führer der übermächtigen monopolfeindlichen Reichstagsmehrheit war neben Richter und Bamberger Windthorst, der fürchtete, daß die Regierung die im Monopol liegende wirtschaftliche Gewalt zu ungesunden politischen Zwecken ausnützen werde und daß die 30 000 Tabakwerkstätten ebenso wie „Wahl- und Wahlbüreau“ würden. Vergeblich war es, daß Bismard alle Register seiner Beredsamkeit zog, vergeblich, daß er den nationalen Gedanken beschwor! Er fürchte, erklärte er, für die finanzielle Selbstständigkeit des Reichs. Richter antwortete darauf, das Reich werde genug Geld haben, wenn es die kolossalen Heeresausgaben herabsetze. Aber da kam er schlecht an. „An die Arme, meine Herren, rühren Sie nicht.“ Aber auch dieser Appell verhallte wirkungslos. Das Monopol wurde mit überwältigender Majorität, mit 276 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Der Wunsch Bismards, „den Tabak noch mehr bluten zu lassen“, blieb ohne Erfüllung.

Seit dieser Frühzeit deutscher Finanzgeschichte wurde die Tabak- und Zigarettensteuer noch öfters erhöht. Der Monopolplan blieb aber begraben. Die Schwierigkeiten, die sich seiner Einführung entgegenstellten hatten, sind auch heute noch nicht geschwunden. Noch immer besteht die Befürchtung, daß die Regierung die durch das Monopol erworbene wirtschaftliche Gewalt über viele tausende Menschen brutal mißbraucht, daß sie die staatsbürgerlichen Freiheiten der von ihr Abhängigen einschränkt, daß sie die freien Gewerkschaften aus den Betrieben auszuschließen versucht und rückwärtslos den Herrenstandpunkt vertritt. In den Staaten, in denen das Monopol Gesetz ist, klagt man mit wenig Ausnahmen über schlechte und teure Produkte. Die Höhe der aus dem Monopol fließenden Einnahmen ist nicht festgesetzt. Eine Mindererhöhung der Tabakqualitäten, eine Erhöhung der Preise genügt, um der Regierung unabhängig von dem Willen des Parlaments, ja gegen ihn, große Einnahmen zu verschaffen. Die Sozialdemokratie wird auf keinen Fall einen Gesetzentwurf billigen, der das Budgetrecht des Parlaments schmälert und die Demokratie auf das schwerste schädigt. Sie wird den bürgerlichen Parteien, die mit dem Gedanken eines Monopols spielen, mit der Erinnerung an Windthorst, Bamberger und Richter aufpassen, die „ohne notwendige konstitutionelle Garantien“ der Regierung die Gewährung unkontrollierbarer Einnahmen verweigerten.

Abgesehen von diesen allgemeinen Einwänden, die nicht nur dem Tabak, sondern jedem Monopol gelten, bestehen gegen das geplante Tabakmonopol sehr gewichtige besondere Bedenken.

Die Belastung des Tabakkonsums ist schon heute außerordentlich groß. Die Steuer auf inländischen Tabak betrug 1913 10,8 Mill. Mark, die Zigarettensteuer 36,5 Mill. Mark. Der Tabakzoll belastet eine Einfuhr im Werte von 133,5 Mill. Mark mit 116,4 Mill. Mark oder 87 Prozent des Wertes und trägt 13,2 Prozent des Gesamtertrages der Zölle. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein Tabakzoll von 1,73 Mt. Aus allen diesen Abgaben zog das Reich im Jahre 1913 die enorme Summe von 163,7 Mill. Mark. Nach der täglichen Rundschau würde das Monopol eine Gesamtsumme von 110 bis 120 Mill. Mark tragen, was bei einer Ablösungssumme von 500 Mill. Mark einer Rentabilität von 24 Prozent entspricht. Es ist sehr fraglich, ob die Zigarettenfabrikanten sich heute einer so hohen Rentabilität ihrer Betriebe erfreuen. Ist aber die Rentabilität kleiner, so ist der über sie hinausgehende Betrag nichts anderes als eine indirekte Steuer, aber keinesfalls eine Verstaatlichung des Unternehmensgewinns.

Allerdings ist es richtig, daß das Reich durch die Stilllegung der kleinen Betriebe, durch die ausschließliche Fortführung der Großbetriebe ökonomischer wirtschaften kann, als die kolossal zerplitterte Privatindustrie. Aber es ist auch nicht zu vergessen, daß durch diesen ökonomischen Fortschritt große Mengen von Arbeitern hrotlos werden! Wird das Reich für diese Arbeitslosen anders sorgen als für die Opfer der Reichsfinanzreform?

Noch einige Zahlen über die kolossale Zerplitterung der Zigarettenindustrie! Im Jahre 1912 bestanden 1006 Fabriken, die nur Zigaretten herstellten; davon arbeiteten 517 ohne Gehilfen, 42 nur mit Maschinen, 122 mit Maschinen und Handarbeit, 841 mit reiner Handarbeit, 223 mit Heimarbeit. An Fabriken, die Zigaretten und Zigarettenfabrik herstellten, gab es 314; davon arbeiteten ohne Gehilfen 43, mit reiner Handarbeit 7, mit Maschinen und Handarbeit 154, mit reiner Handarbeit 153 und 82 mit Heimarbeit. 46 Fabriken stellten nur Zigarettenfabrik her; davon arbeiteten 9 ohne Gehilfen, 20 mit reiner Maschinenarbeit, 16 mit Maschinen und Handarbeit, 10 mit reiner Handarbeit. 26 Fabriken beschäftigten sich nur mit der Herstellung von Zigarettenhüllen; davon arbeiteten 7 ohne Gehilfen, 20 mit reiner Maschinenarbeit, 2 mit Maschinen und Handarbeit, 4 mit reiner Handarbeit und 2 mit Heimarbeit.

Bei einer Ablösung werden die Besitzer großer Betriebe unendlich besser fahren, als die Eigentümer von Zwergbetrieben. Die Ablösungssumme dürfte wahrscheinlich nach dem zu einem bestimmten Zinssatze kapitalisierten Durchschnittsergebnis einiger Jahre berechnet werden. Die Betriebe, die mit allen Mitteln moderner Technik arbeiten und über eine ausgebildete Verkaufsorganisation verfügen, werden bedeutend höhere Gewinne aufweisen, als der Zigaretten-„Fabrikant“, der keine Gehilfen beschäftigt und dessen Preise von dem übermächtigen Händler nicht selten gedrückt werden dürften.

Der Plan eines Zigarettenmonopols wird also bei der Sozialdemokratie entschieden Widerstand finden, auch wenn man dieses neue Utensil auf das arbeitende Volk mit dem schönen Tuch der Herabsetzung der Altersversorgungsgrenze von 70 auf 65 Jahre drapiert. Der Schwindel mit dem „Patrimonium der Enterbten“, den Bismard in den 80er Jahren vergeblich anwandte, wird jetzt erst recht nichts helfen. Wenn die Regierung Geld braucht, mag sie es sich aus den Taschen der Besizenden bewilligen lassen. Aber vor neuen direkten Steuern scheint sie nach dem schlichsten Instanz von 1913 eine verzeufelte Scheu zu haben. Die Opfermühseligkeit der Besizenden ist erschöpft — nun soll die Masse wieder bluten. Aber dagegen wird die Sozialdemokratie sich aufs äußerste zur Wehr setzen. Und die bürgerlichen Parteien?

## Parteiversammlung

### des 12. und 13. Reichstagswahlkreises.

Eine gemeinschaftliche Versammlung der Genossen und Genossinnen der beiden Leipziger Kreise tagte gestern abend im Volkshaus, um den Bericht von der Landesversammlung entgegenzunehmen. Der Berichtler, Genosse Minkwitz, betonte, daß der Bericht des Landesvorstandes einen erfreulichen kräftigen Aufschwung der Parteiorganisation und der Parteipresse konstatierte. Die Erfolge der planmäßigen Agitation während der Wochenvoage hätten gezeigt, was durch ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten der Genossen für die Partei noch herausgeholt werden könne. Der Landesvorstand werde das gesammelte Material sichten und dann prüfen, ob und wann wieder eine ähnliche allgemeine Agitation vorgenommen werden könne. Als notwendig habe es sich erwiesen, neue Mittel zu beschaffen, um die Schlagkraft der Partei zu erhöhen und in den kommenden schweren Wahlkämpfen gerüstet zu sein. In diesem Zwecke habe die Landesversammlung den Kreisen die allgemeine Einführung des Wahlfonds empfohlen. Bedauerlich sei es, daß man in einigen Kreisen noch nicht einmal den Versuch zur Einführung des Wahlfonds gemacht habe und daß der Genosse Deltmann in der Chemnitzer Volksstimme ihn den Genossen noch zu vertreten suchte. Die Stärkung unserer Kreise sei besonders nötig, seitdem der Partei in dem Hansabunde mit seinen riesigen Geldmitteln ein neuer gefährlicher Gegner entstanden sei. Weiter habe der Berichtler den Landesvorstand bemängelt, daß die jüngeren Parteigenossen wenig arbeitsfähig seien. Aus allen Kreisen kämen diese Klagen. Es sei aber Pflicht der jungen Genossen, vor allem der Partei und der Gewerkschaft ihre Kräfte zu Verfügung zu stellen und nur die übrige Zeit könnten sie brauchen, um Sport zu treiben. Eine überflüssige Debatte habe die Erfindung des neuen Parteiblattes in Plauen hervorgerufen. Seit Jahren sei man sich einig, daß die viergrößte sächsische Stadt ein eigenes Parteiorgan erhalten müsse. Wie der Landesvorstand richtig nachgewiesen habe, sei das Organisationsstatut nicht verletzt worden. Die Landesversammlung in Plauen habe prinzipiell ihre Zustimmung gegeben und Landesvorstand und Bezirksvorstände hätten die Verpflichtung, den Beschluß durchzuführen. — Der Referent hat ergeben, daß die finanziellen Verhältnisse gute seien. Immerhin sei eine Stärkung notwendig. Die Bildungsanstalten verschlangen viel Geld und die kommenden Wahlen würden enorme Anforderungen an unsere Kreise stellen. Deshalb sei es zu betrüben gewesen, daß der Antrag auf obligatorische Einführung des Wahlfondsbeitrages gegen 21 Stimmen angenommen worden sei. Abgelehnt habe die Landesversammlung dagegen den Antrag des 17. Wahlkreises, der eine andere Regelung der Aufstellung der Kandidatensubmission verlangte. Der Antrag des 18. Kreises auf Neueinteilung des Agitationsbezirks sei in der Form angenommen worden, daß der Landesvorstand diese Frage prüfen solle. Als Selbstverständlichkeit bezeichnete er der Redner, daß man dem Antrage, der eine Sammlung des Materials über die schändliche Auslegung einzelner Paragraphen des Reichsvereinsgesetzes verlangte, und der Protestresolution gegen die sächsische Streikverordnung zugestimmt habe. Mit Recht sei der Antrag auf Einschränkung der Delegiertenzahl zur Landesversammlung abgelehnt worden. Nach dem Antrage von Heilmann, festzusetzen, daß dem Landesvorstand eine Genossin angehören müsse, mußte die Landesversammlung ablehnen, wenn sie keine Vorräte für die Frauen schaffen wollte. Der Bericht des Genossen Uhlig über die Tätigkeit der Landtagsaktion zeigte, daß die Forderung für die Arbeiterklasse alles herausgeholt hat, was zu erreichen war. Genosse Rechner habe in seinem Referat über die sächsische Politik und den nächsten Wahlkampf darauf hingewiesen, daß die Partei die Wahlrechtsfrage zur Parole erheben müsse. Für die Befestigung der durch das Vierklassenwahlrecht geschaffenen Ungerechtigkeiten müsse mit aller Schärfe gekämpft werden. Auch die geistige Klassenjustiz, die Mordanschuld der Behörden gegen alle Arbeiterorganisationen, die Streikpostenverordnung, die das Kooperationsrecht illusorisch mache, bölen und wirksames Agitationsmaterial. Das Wahlbündnis der Liberalen brauche und nicht zu schrecken. Die Referate hätten jedoch gezeigt, daß die Reaktion große Schläge gegen die Arbeiterklasse plane. Trotzdem würden wir den kommenden Kämpfen mit Anse entgegensehen, wenn alle Genossen und Genossinnen ihre Pflicht tun und mit aller Kraft für die Arbeiterbewegung tätig sind. (Beifall.)

Die Debatte eröffnete Genosse Rischke. Er meinte, die Landesversammlung werde sich als eine Kraftquelle für die Partei erweisen, wenn alles das, was demängelt worden sei, abgeschafft, alles gute aber erhalten werde. Bisherigen müssen wir das, was über den finanziellen Ausbau gesagt worden sei. Wir müßten rationeller und sparsamer wirtschaften. Im 13. Kreis könne man sparen, wenn man die Urwahlen zur Landeskonferenz und den Parteitag an einem Tage vornehmen würde. Auch an den hohen Honoraren für Referate undwärtiger Redner könne gespart werden. Einige er mit dem Referenten über die Beurteilung des Heilmannischen Auftritts. Heilmann treibe eine Richtwurmpolitik und habe die Landesversammlung um ein paar Stunden ihrer kostbaren Zeit gebracht. Unlieblich habe er es auch empfunden, daß sich nach der Versammlung ein stehender Leipziger Parteigenosse absällig über eine ungeschickte Äußerung eines Delegierten des 18. Kreises ausgesprochen habe. Der Redner ging dann näher auf die Urwahlen im 13. Kreis ein und meinte, diese Wahlen seien ein sehr gutes Agitationsmittel. Man könne mit der Agitation für diese Wahlen zugleich wertvolle Arbeit für die Organisation leisten. Recht unerfreulich sei es allerdings, wenn in einzelnen Ortsvereinen noch nicht einmal alle Funktionäre die Bedeutung der Wahlen zu schätzen wüßten. Auf der Landesversammlung sei gegen die Äußerungen des Berliner Tagesblattes gesagt worden, die Sozialdemokratie weiche nicht zurück, sie gehe vorwärts und müsse immer vorwärts kämpfen. Dann sei es aber notwendig, daß wir nicht nur die Mitgliederbezirke vergrößern, sondern die Mitglieder auch zu überzeugten und tätigen Genossen erzühen.

Genossin Dennig meinte, daß nur die Vertreter der Kreise, die eine geschäftliche Schädigung bekräftigten, sich gegen die Aufhebung des klaren Plauer Beschlusses durch den Landesvorstand gewendet hätten. Der Antrag Heilmanns sei nicht neu und sei im vergangenen Jahre vom 18. Kreis gestellt worden. Unter den 106 Delegierten auf der Landesversammlung seien nur 11 Frauen gewesen. Dieses Verhältnis werde sich in absehbarer Zeit nicht wesentlich ändern. Deshalb seien die Frauen auf die Unterfertigung und das Entgegenkommen der Männer mit angewiesen. Rednerin hofft, daß der Antrag wiederkommen und auf einer der nächsten Landesversammlungen Aufnahme finden werde. Auf Grund ihrer Zahl und ihrer Tätigkeit hätten die Genossinnen ein Recht, in allen Instanzen vertreten zu sein.

Genosse Seeger erklärte, zu dem Antrage der Frauen nicht sprechen zu wollen. Der Antrag sei ein alter Bekannter, aber kein Lieber. Ob mit seiner Annahme irgendwas gebessert werde, sei ein andre Frage. Ihm schmele es, daß auf der Landesversammlung in einzelnen Punkten nicht jene Höhe erreicht worden wäre, die man von der Versammlung erwarten dürfte. Ueber die Erfolge der von der vorjährigen Landesversammlung beschlossenen Gemeindefreiwahlrechtsbewegung habe man nichts gehört. Der Landesvorstand habe nur in einer kleinen Broschüre mitgeteilt, daß einzelne weitere Wahlrechtsbesserungen durchgeführt worden seien. Ueber die Resultate der Wahlrechtsbewegung werde nichts berichtet. Die Landesversammlung müsse sich aber über ihre Befähigung Rechenschaft geben. Das sei viel wichtiger, als sich einen halben Tag um fertige Tatsachen zu streiten. Außerdem habe man bei diesen Debatten den engbrüstigen Bezirkskomiteepunkts vertreten. Dieser Bezirkspartikularismus gehe schon so weit, daß einzelne Wahlkreise mit bestimmten sollen, ob eine neue Bezirksinteilung, über die nur die Verteilung der gesamten Partei im Lande zu beschließen habe, durchgeführt werden soll. Die ganze Einteilung Zochens in vier Bezirke sei nach der Einrichtung der verschiedenen Parteisekretariate überflüssig geworden. Eine Einteilung in zwei Bezirke sei durchaus diskutabel.

In Deutschland gäbe es viel größere Agitationsbeiräte. Dem Wahlabkommen der Liberalen schmele man zu große Bedeutung beizumessen. Die neue angekündigte liberale Aktion sei ein aufgewärmter Schwind. Wenn die Liberalen eine liberale Aktion in Sachsen herbeiführen wollten, so hätten sie in den letzten sechs Jahren genügend Zeit und Gelegenheit gehabt. Aber die Sozialdemokratie mußte sie während der ganzen Zeit immer antreiben, daß sie nicht mit ihren eigenen Anträgen umfiele. Wenn auf der Landesversammlung gesagt worden ist, die Sozialdemokratie befinde sich immer in der Angriffsstellung, so ist dem entgegengehalten, daß sie sich im Landtage oft mehr in Defensive als in der Offensive befinde. Der Kampf gegen das Vierklassenwahlrecht hätte viel mehr in den Vordergrund gestellt werden müssen. Es schien aber so, als hätte man sich bereits mit dem Wahlrecht abgefunden. Wenn sich aber die Urgerichten hinter den Mauern des Vierklassenwahlrechts nicht mehr sicher fühlen und Arbeiterkandidaten aufstellen wollen, dann müsse sich unser Angriff in erster Linie gegen das Vierklassenwahlrecht richten. Auch über die Anträge, die Gemeindefreiwahlrechte nach vorwärts zu verwickeln, sei man im Landtag sehr schnell hinweggegangen. Man solle aus diesem, daß der Hauptangriff nicht dort einsetze, wo er notwendig war. Wir müssen die bürgerliche Gesellschaft dort angreifen, wo sie ihre Macht habe. Wir dürfen nicht 20 Jahre warten, wie bei dem Dreiklassenwahlrecht. Wenn man diese Dinge in den Vordergrund stellt, dann verschwindet das Wahlabkommen. Nicht nur gegen die Liberalen, sondern ganz besonders auch gegen die Konservativen muß sich unser Kampf richten.

Genosse Müller stimmte Segers in der Plauer Angelegenheit zu. Ueber den nächsten Landtagswahlkampf urteilte er aber etwas anders. Daß man auch die Konservativen bekämpfen müsse, sei selbstverständlich; das sei schon in der Landesversammlung gesagt worden. Das liberale Wahlabkommen brauche man nicht zu übersehen, aber es stimme nicht, wenn man sage, man habe es dabei nur mit einigen liberalen Führern zu tun. Wir müßten auch mit den liberalen Wählern rechnen. Wir müßten nach dem Ausdruck Rosenbergs handeln: Behalten, was wir haben, und nehmen, was wir dazu bekommen können. — Es sei falsch, wenn man behauptet, der Antrag Heilmann decke sich mit dem im Vorjahre vom 18. Kreis gestellten. Damals sollte nur eine Frau in den Landesvorstand delegiert werden. Mit der Anstellung des Landessekretärs habe sich die Situation aber geändert. Jetzt handle es sich darum, daß im Gegensaß zum Organisationsstatut ein Vorrat für die Frauen geschaffen werden solle. Genossinnen können in den Landesvorstand gewählt werden, wenn sie genügend Zeit und Intelligenz hätten. Aber zur Schaffung von Vorräten konnten wir die Hand nicht bieten.

Genossin Thiel war der Meinung, man spreche immer von Vorräten, wenn die Frauen etwas verlangten. Die Genossinnen wollten keine Sonderrechte, aber sie müßten doch Anträge stellen, um zu einem Ziele zu kommen. Sie sei erkrankt gewesen, daß Genossen den Antrag Heilmann bekämpfen konnten. Die Genossinnen hätten die Entzündung, daß man die Frauen nicht sehen wolle. Wandern müsse sie sich, wenn Segers sage, die Partei werde von der Wahl einer Genossin keinen Vorteil haben. (Was er in dieser Form gar nicht gesagt hat!) Die Genossinnen stellten ihre Anträge nur, um der Organisation zu nützen, um mitarbeiten zu können. Darum werde der Antrag auch im nächsten Jahre wiederkommen.

Genosse Thieman behauptete von der obligatorischen Einführung des Wahlfonds in ärmeren Gegenden eine Schwächung der Organisation. Er wendete sich dann in längeren Ausführungen gegen den Vorwurf, daß die jungen Genossen nicht genügend mitarbeiteten. Er meinte, die jüngeren Genossen sänden bei den älteren mit ihren Wünschen nicht genügend Verständnis. Man müsse für die jungen Mitglieder besondere Veranstaltungen schaffen, da sie in den Versammlungen nicht genügend aufgeführt würden. Jetzt sei es aber so, daß die jungen Genossen von den alten zurückgelassen würden. Zum Schluß rief er den jungen Genossen zu, sie möchten einig sein und mitarbeiten, damit sie auch bei den älteren Genossen in Zukunft entgegenkommen finden.

Genosse Lipinski erklärte, daß er im allgemeinen mit der Landesversammlung nicht einverstanden sei. Wichtige Fragen, die die Bezirksvorstände vorher lange beschäftigt hätten, seien gar nicht erörtert worden, z. B. die Jugend-, Bildungs- und Sportvereinsfragen. Die Debatten hätten nicht immer auf der Höhe gestanden; das beweise auch die Behandlung der Maskenfrage in Plauen. Ursprünglich sei man sich über die Bedeutung des Plauer Beschlusses einig gewesen. Erst in den letzten Wochen sei dann die Diskussion über die Form und die Auslegung des Beschlusses eröffnet worden. Die wichtige Frage über die Aufgabe der Presse sei nicht besprochen worden. Das habe Segers erst in der Landesversammlung nachholen müssen. Der Redner polemisierte dann gegen eine Besprechung der Landesversammlung in der Dresdener Volkszeitung, die sich besonders mit dem Antrage Lipinski in Plauen beschäftigte. Was Segers gesagt habe, sei zum Teil zutreffend, zum Teil selbstverständlich. Wenn er aber gemeint habe, wir bräuchten die Bezirksvorstände nicht mehr, so sei er anderer Meinung. Die Bezirksvorstände hätten enorme Arbeit zu leisten. Deshalb könne Segers Vorschlag gar nicht erörtert werden. Gegenüber dem Vorredner wolle er darauf hin, daß der Wahlfonds bereits in armen Gegenden durchgeführt und mitbringen gewesen sei. Daß die Jugendlichen zurückgelassen würden, sei nicht wahr. Es sollen im kommenden Winter für die über 18 Jahre alten Genossen besondere Einrichtungen geschaffen werden. Die Genossinnen handelten nach dem Grundsatze: Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr. Sie handelten falsch, wenn sie meinten, sie durch sorgfältiges Schreiben Gelder verschaffen zu können. Sie sollten sich im Rahmen des Statuts halten. 1908 sei in Nürnberg nur ein Provisorium geschaffen worden; davon sei die Einrichtung bestehen geblieben, daß eine Genossin in den Parteivorstand komme. 1911 habe man dann in Leipzig festgelegt, daß in den Vorständen aller Organisationen, die weibliche Mitglieder haben, eine Genossin vertreten sein müsse. Aus der gegebenen Deklaration gehe hervor, daß unter Organisationen nur Kreisorganisationen und deren Ortsvereine zu verstehen seien. Genosse Lipinski schilderte die Tätigkeit der Bezirks- und Landesvorstände und meinte, man werde kaum eine Genossin finden, die über die notwendige Zeit verfüge. Falsch sei es gewesen, als die Genossin Hennig behauptet hätte, in Leipzig sei vergeblich der Antrag gestellt worden, eine Genossin in den Bezirksvorstand zu wählen. So dürfe man nicht argumentieren; solchen falschen Behauptungen müsse er entgegenstellen. Was für die Frauen nötig sei, werde getan. Man könne aber nicht zugucken, daß sich die Frauen außerhalb des Organisationsstatuts stellen, weil man für Gleichberechtigung sei.

Genossin Catina bemerkte, daß die Ausführungen Thiemanns nicht zutreffend seien. Trotzdem behalte die Tatsache, daß eine gewisse Kluft zwischen älteren und jüngeren Genossen vorhanden sei. Er suchte diesen Gegenstand zu erklären und erläuterte, wie nach seiner Meinung für die Weiterbildung der jungen Genossen gefordert werden müsse.

In ähnlichem Sinne äußerten sich die Genossen Niedeck und Ullrich. Ullrich empfahl, um das Interesse der Parteimitglieder zu erhöhen und für deren Weiterbildung zu sorgen, im 12. und 13. Kreis besondere Bezirks- und Disziplinsabende einzuführen.

Gegen die Ausführungen der jungen Genossen wendeten sich die Genossen Grenz, Lipinski und Plaua. Sie setzten auseinander, unter welchen schwierigen Verhältnissen sich die Arbeiter in früheren Jahren durch eigene Kraft ausbilden mußten. Heute sei es den Jugendlichen sehr leicht und bequem gemacht, sich Wissen anzueignen. Sie machten leider viel zu wenig davon Gebrauch. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Partei nicht nur eine Bildungsschule, sondern vor allem eine Kampforganisation sei.

Genosse Seeger stellte richtig, er habe nicht behauptet, daß durch die Sekretariate die Bezirksvorstände überflüssig geworden seien. Wenn man die Zahl der Bezirksvorstände verringern wolle, so sei doch damit nicht gesagt, daß die Bezirksvorstände nicht gearbeitet hätten. Er meinte die Tätigkeit der Bezirksvorstände zu rufen, als daß er ihnen zu nahe treten wolle.

Genosse Ruffel entgegnete dem Genossen Ullrich, daß er für den 13. Kreis dessen Vorschläge und Behauptungen ablehnen müsse. Ullrich meinte offenbar die Verhältnisse im 18. Kreis gar nicht.